Präsident Harding stützt die Alliierten.

Die Pläne der Vereinigten Staaten, den Friedenszustand mit Deutschland wiederherzustellen, sind durch die Krise durchkreuzt worden. Der neue Präsident Harding sei der Ansicht, daß die Annahme der Resolution zur Friedenszustandserklärung mit Bezug auf Deutschland in dem Augenblick, in dem die Alliierten gegen Deutschland mobil machen, um die Annahme der Reparationsforderungen zu erzwingen, als Kränkung der Alliierten betrachtet werden könnte. Er habe deshalb den Senatoren nahegelegt, einstweilen mit der Friedensresolution noch zu warten, weil Deutschland sonst nach Herstellung normaler Beziehungen an die Vereinigten Staaten appellieren könnte.

Französische Beutegier.

Was die Geldforderungen Frankreichs betrifft, so will sich Frankreich, wie aus Paris verlautet, nach Abbruch der Verhandlungen selbst bezahlt machen. Es gäbe, wird erklärt, eine Menge Mittel, um Frankreich in den Besitz von Geld zu setzen. Es wären bereits entsprechende Maßnahmen ins Auge gefaßt, doch sei es noch nicht an der Zeit, darüber zu sprechen, weil das Projekt noch nicht vollständig ausgearbeitet wäre. Mit militärischen Maßnahmen allein dürfte sich die öffentliche Meinung nicht zufrieden geben, die militärischen Maßnahmen seien nicht geeignet, gleichzeitig Geld hereinzubringen. Frankreich müsse unbedingt zu seinem Teil gelangen. Wenn auch Lloyd George verpflichtet wäre, mit der englischen öffentlichen Meinung zu rechnen im Hinblick auf die Anwendung der Gewaltmaßnahmen, so wird auch Briand der öffentlichen Meinung Frankreichs Rechnung tragen müssen, die sich nicht zufrieden geben würde, wenn auch die „Sanktionen" die Einberufung von mehreren Jahresklassen erforderlich machten. Die Maßnahmen würden derart getroffen, daß es den Deutschen schwer fallen würde, den Zahlungen auszuweichen, die sie den Alliierten zu entrichten haben.

Protest im Reichstage.

Der Reichskanzler über den Rechtsbruch der Alliierten.

CB. Berlin, 8. März.

Unmittelbar nach Eröffnung der heutigen Reichstagssitzung gab der Reichskanzler Fehrenbach eine durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen veranlaßte Erklärung ab. Er sagte:

Die Londoner Verhandlungen sind abgebrochen und unsere Delegation befindet sich auf dem Rückwege. In eine Erörterung der Verhandlungen kann erst eingetreten werden nach deren Rückkehr. Die „Sanktionen" sind, in richtiges Deutsch übertragen, Gewaltaten ohne jeden Rechtsgrund. Dem Protest des Ministers Simons gegen diesen Rechtsbruch schließe ich mich namens des deutschen Volkes an. Dieser Rechtsbruch ist um so schlimmer, als er einem Volke zugefügt wird, dem jede Möglichkeit, sich zu wehren, abgeschnitten ist. Die Überzeugung aber ist in uns gefestigt worden, daß auf diese Weise keine Regelung der europäischen Wirren geschaffen werden kann. Es wird weiter nach Lösungen gesucht, die im Bereich menschlicher Möglichkeiten liegen. Wir sind gewillt gewesen, die Politik des guten Willens zu betätigen. Wir wissen, daß wir beim Wiederaufbau die schwersten Lasten zu tragen haben. Es beginnt für das deutsche Volk, das schon so viel durchzumachen hatte, eine neue schwere Zeit. Jetzt heißt es, ausharren in Geduld. Dazu habe ich das feste Vertrauen. In erster Linie heißt es jetzt, unsere Mitbrüder in den bedrohten Gebieten in Liebe zu umfassen. Das Urteil über London steht heute schon fest. Wir überlassen es der Geschichte. Sie wird nicht nur über die Schuld am Kriege ihr Urteil abgeben, sondern auch über den Versailler Frieden.

Diese Ausführungen des Reichskanzlers wurden wiederholt mit lebhaftem Beifall und mit Händeklatschen aufgenommen.

Abg. Stresemann (D. Vp.) ersuchte darauf, dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten Gelegenheit zu geben, eingehend Stellung zu den Londoner Verhandlungen zu nehmen und bis dahin das Haus nicht mit einer Besprechung zu befassen.

Abg. Crispien (Unabh.) protestierte gegen die Verschiebung der Besprechung. Durch geheime Verhandlungen sei schon genug Unheil angerichtet worden. Mit den Auslassungen des Reichskanzlers sei seine Partei nicht einverstanden.

Abg. Dr. Levi (Komm.) schloß sich diesem Protest an. Der Reichskanzler habe wiederum versucht, die nationalen Hetzer aufzustacheln und die Schuld am Kriege abzuwälzen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärte, angesichts der Lage wäre es weder im Inlande noch im Auslande verstanden worden, wenn der Reichskanzler geschwiegen hätte. Wir werden natürlich Gelegenheit haben müssen, ausführlich über die Frage zu sprechen, aber von einem Begraben im Ausschuß kann keine stiers Simons hat keinen Zweck, deshalb schließe ich mich dem Antrag Stresemanns an.

Abg. Crispien (Unabh.) meinte, im Auslande würde der Eindruck verstärkt werden, als lebe der deutsche Militarismus noch. Die Reichstagsmitglieder, die dem Ausschuß nicht angehören, hätten kein Recht, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Hierauf wurde der Antrag Crispien auf sofortige Eröffnung der Debatte über die Erklärungen des Reichskanzlers gegen die äußerste Linke abgelehnt, desgleichen der Antrag, zuerst das Plenum und dann den Ausschuß mit der Angelegenheit zu befassen.

Der Aufstand gegen die Sowjets.

Schwere Geschützkämpfe.

Kronstadt bildet anscheinend das Zentrum der aufständischen Bewegung gegen die Sowjetregierung. Das Schließen der Fabriken und die Teuerung der Lebensmittel setzten die Arbeiter in Bewegung. Mit ihnen verbanden sich die Matrosen und einzelne Truppenteile.

Montag nachmittag 4 Uhr begannen die Aufständischen Petersburg von Kronstadt aus mit schwerem Geschütz zu bombardieren. Die in Händen der Sowjets befindlichen Forts eröffneten das Gegenfeuer auf Kronstadt. Das Bombardement dauerte die ganze Nacht an.

Trotzki soll die Leitung der Operationen gegen die Aufständischen in den Händen haben und zum Diktator ernannt worden sein. Die Arbeiter, die sich erhoben, verlangten die Wiedereröffnung der Fabriken, den Rücktritt der Sowjetregierung und die Einberufung der gesetzgebenden Versammlung. Auch in Sibirien zeigen sich feindselige Bestrebungen gegen die Sowjetherrschaft.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Für den Abbau der Lebensmittelämter.

Da die Bevölkerungsbewegung mehr zum Stillstand gekommen ist und sich nur wenige Lebensmittel in öffentlicher Bewirtschaftung befinden, hat der Deutsche Städtetag beim Reichskanzler beantragt, die Bundesratsverordnung vom 24. Oktober 1918 über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung zum Zwecke der Lebensmittelversorgung baldmöglichst außer Kraft zu setzen, da ihre Durchführung den Gemeinden ganz erhebliche Unkosten verursacht und die Aufwendungen in keinem Verhältnis mehr zu dem erzielten Nutzeffekt stehen. Auch das Reich dürfte an einer baldigen Aufhebung interessiert sein, da es einen Teil der Kosten zu tragen hat.

Zurückhaltung deutscher Waggons durch Polen.

In einer in Berlin vom Außenhandelsverband veranstalteten Aussprache über die Frage der deutschen Ausfuhrsperre gegen Polen machte ein Vertreter der Reichsregierung aufsehenerregende Mitteilungen über das unerhörte Verhalten der polnischen Eisenbahnbehörden auf dem Gebiete des deutsch-polnischen Güterverkehrs. Danach haben die Polen trotz des seinerzeit vereinbarten Warenaustausches in gleicher Höhe nicht weniger als 50 000 deutsche Waggons widerrechtlich zurückgehalten und sie sich ohne jede Gegenleistung angeeignet.

Kommunistische Wahlresultate.

Im Bochumer Gewerkschaftskartell erlitten die Kommunisten bei der Wahl des Vorstandes eine vernichtende Niederlage. Es wurden nur Mehrheitssozialisten gewählt. Der Kommunist, der nur 12 Stimmen auf sich vereinigte, wurde für unwürdig erklärt, weiterhin einen Posten in der freien Gewerkschaftsbewegung zu bekleiden, weil er öffentlich zur Wahl bolschewistischer Betriebsräte aufgefordert habe.

Unruhen in Beuthen.

In einer Versammlung der oberschlesischen Volkspartei kam es zu Tumulten und Tätlichkeiten. Mehrere Personen wurden leicht verletzt. Eine französische Truppenabteilung säuberte die Straßen. Später fanden neue Zusammenstöße statt, die einen blutigen Ausgang nahmen. Mehrere Polizisten wurden schwer mißhandelt und entwaffnet, mehrere Zivilpersonen schwer verletzt. Eine Abteilung Franzosen stellte die Ruhe her. — General Le Rond ist nach Oppeln zurückgekehrt und hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Polonisierungsbestrebungen in Danzig.

Der englische Oberkommissar von Danzig, General Haking, hat sich, nach Warschauer Mitteilungen aus Paris, gegen die Übertragung des Militärmandats an Polen ausgesprochen. Polen könne Danzig weder bei Angriffen von Rußland noch von Deutschland verteidigen und wolle das Mandat nur zu Polonisierungszwecken ausnutzen.

Verhaftung eines deutschen Vertreters in Tiflis.

Das diplomatische Korps in Georgien, darunter der deutsche Geschäftsträger Rauscher, hat Tiflis verlassen und sich der vor den Sowjettruppen zurückziehenden georgischen Regierung angeschlossen. Der dort zurückgelassene deutsche Vertreter Druffel wurde verhaftet. Es werden Schritte in Moskau getan, um ihn wieder freizubekommen.

Italien.

× **Der Papst gegen die Gewaltanwendung.** Im Geheimen Konsistorium teilte der Papst die Ernennung neuer Kardinäle mit, nämlich des Nuntius von Madrid und der Erzbischöfe von München, Köln, Philadelphia, Tarragona und Burgos. In einer Ansprache im Geheimen Konsistorium erinnerte der Papst daran, daß trotz der Unterzeichnung des Friedens die Wut des Krieges nicht aufgehört habe, und daß die Kämpfe zwischen Klassen und Nationen andauerten. Der Papst beklagte die Gewalttat, von wem sie auch begangen werde, und wies darauf hin, daß er alles in seiner Macht Stehende getan habe, damit Frieden und Ruhe in die Gesellschaft zurückkehrten.

Großbritannien.

× **Der Aufruhr in Irland** gewann in den letzten Tagen gewaltig an Bedeutung. Ein Überfall von etwa 500 Sinnfeinern in der Grafschaft Cork endete mit dem Tode des Generals Coming und mehrerer Offiziere und Soldaten. In Dublin fanden verschiedene Bombenangriffe statt. Mehrere Brände brachen aus. Auch in der engeren Umgebung von Newcastle wurden verschiedene Brände gelegt, u. a. in ein Petroleumdepot.

Aus In- und Ausland.

Oppeln. Auf Befehl der Interalliierten Kommission in Oppeln sind die Grafen Strachwitz und Schalscha verhaftet worden. Der Grund zur Verhaftung ist nicht bekannt.

Budapest. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die rumänische Grenze gesperrt worden sei. Wie sich nun herausstellt, beruht diese Sperre auf einem Mißverständnis. Sie wurde auch bereits wieder aufgehoben.

Brüssel. In Antwerpen sind die Verhandlungen zwischen Belgien und den Niederlanden über die Abtretung des rechten Scheldeufers durch die Niederlande wieder aufgenommen worden.

Der spanische Ministerpräsident erschossen.

Madrid, 9. März. Als der Ministerpräsident Dato gestern im Automobil das Parlament verließ, wurde er von drei Männern, die in einem anderen Auto seinen Wagen überholt hatten, durch 25 Revolverschüsse getötet. Die Täter sind entkommen. Es soll sich um Syndikalisten handeln.

Umstellung der Berufstätigkeit.

Ausgleich zwischen Stadt und Land.

Die Umstellung ganzer Volksteile von erwähltem oder erlerntem Beruf auf einen andern ist heute unerläßlich für eine gesunde volkswirtschaftliche Entwicklung. Namentlich der Landwirtschaft mangelt es an geeigneten Kräften, während in den Städten sich die Arbeitslosen-Heere ständig vergrößern. Eine Massenverpflanzung ohne Auswahl und ohne vorherige Fühlungnahme von der Stadt aufs Land ist jedoch nicht möglich. Der Städter muß sich erst mit den Gepflogenheiten und den Anforderungen des Landlebens vertraut machen, ehe er sich entscheiden kann, überzusiedeln; der Landwirtschaft ihrerseits ist mit ungeeigneten Kräften ebenfalls nicht gedient.

Um hier Annäherungsmöglichkeiten zu schaffen, sind besonders in Land- und kleinen Stadtgemeinden zu leistende größere Arbeiten geeignet, durch die erwerbslose Arbeiter und Handwerker Beschäftigung finden. Da das Reich jeder Anlage von hervorragend volkswirtschaftlicher Bedeutung erhebliche finanzielle Unterstützung bei Verwendung von Erwerbslosen gewährt (bis zum Mehrfachen der ersparten Erwerbslosenunterstützung), sollten die Gemeinden besonders den Wasserleitungs- und Kanalisationsbau in Angriff nehmen, der große gesundheitliche Bedeutung hat, und der Gemeinde außerdem eine sich vorzüglich rentierende Kapitalanlage bietet. Es ist nicht allgemein bekannt, daß die Mehrzahl aller Ortschaften unter 3000 Einwohnern noch keine Wasserleitung besitzt. Da Arbeitslose verschiedendster Berufe in größeren Mengen bei diesen Arbeiten Beschäftigung finden, haben sie Gelegenheit, sich mit den Eigentümlichkeiten des Lebens und der Arbeit auf dem Lande, sowie mit der Landbevölkerung selbst bekannt zu machen. Auf diese Weise wird der Überwanderung wirksam vorgearbeitet. Wenn die Gemeindebehörden ohne Zeitverlust die finanzielle Unterstützung beim Reiche beantragen, können die Vorarbeiten für den Wasserleitungsbau noch rechtzeitig im kommenden Frühjahr beginnen. Eine Erleichterung wird dadurch geboten, daß die einschlägige Industrie im Allgemeininteresse ihre Preise so niedrig wie möglich halten will. Jeder Einsichtige muß daher diesem Zweige der produktiven Erwerbslosenfürsorge ganz besonderes Interesse widmen. W. W.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 10. März 1921.

Merkblatt für den 10. März.

Sonnenaufgang	6^{29}	Mondaufgang	6^{27} V.
Sonnenuntergang	5^{54}	Monduntergang	7^{00} N.

1788 Dichter Joseph v. Eichendorff geb. — 1813 Der Orden des Eisernen Kreuzes gestiftet.

□ **Telegramme für Abstimmungsberechtigte.** Die Oberpostdirektion Breslau hat verfügt, daß alle Telegramme, die Abstimmungsberechtigten nachgeschickt werden, gegen Quittung an den Vertreter des Deutschen Schutzbundes auf den Bahnhöfen in Breslau und Neiße übergeben werden. Die Anschriften der Telegramme müssen enthalten: 1. Name des Empfängers, 2. die Nummer des Sonderzuges, 3. Breslau oder Neiße als Empfangsort, 4. Name des Absenders und Abgangsortes. Aus technischen Rücksichten konnten nur diese beiden Telegrammabgabestationen eingerichtet werden. Jeder Stimmberechtigte muß eine von diesen Stationen berühren. Der Absender muß sich bei der örtlichen Stelle der Vereinigten Verbände erkundigen, ob der Sonderzug, in dem der Adressat fährt, über Breslau oder Neiße geht. Die Vertreter des Deutschen Schutzbundes werden an den Sonderzügen die eingeschlossenen Telegramme ausrufen lassen. Melden sich die Empfänger nicht, so bleiben die Telegramme bei dem Bahnsteigleiter liegen und können dort von Reisenden, die aus irgend einem Grunde ihren Sonderzug nicht benutzen konnten, abgeholt werden. Nach Beendigung des allgemeinen Hin- und Rücktransports werden die Telegramme, die nicht angebracht werden konnten, durch die Post als unbestellbar dem Absender wieder zugestellt.

† **Reisende nach Oberschlesien werden darauf aufmerksam gemacht, daß beim Eintritt nach Oberschlesien auf den Prüfungsstellen eine scharfe Durchsuchung des Gepäcks zur Unterbindung des Waffenschmuggels stattfindet. Es wird deshalb den Reisenden dringend empfohlen, zur Vermeidung gewaltsamer Oeffnung des Gepäcks sich am Packwagen an den Paßprüfungsstellen einzufinden sowie das Gepäck auf den Zielstationen möglichst bald abholen zu lassen.**

— **Naunhof.** Der Internationale Bund der Kriegsopfer Deutschlands (Ortsgruppe Naunhof) veranstaltet nächsten Sonntag, den 13. d. M. im goldenen Stern einen Unterhaltungsabend mit Tanz. Wie bisher, hat es sich der Verein auch diesmal angelegen sein lassen, durch Aufstellung einiger guter Programm-Nummern seine Besucher angenehm zu unterhalten. Zum Schluß kommt „O Heimatsonne, Heimaterde", Volksstück in 3 Aufzügen mit Gesang zur Aufführung. Der Vorverkauf der Programme hat schon jetzt lebhaft eingesetzt und dürfte die Veranstaltung durch zahlreichen Besuch angenehm unterstützt werden.

† Interessant für uns Naunhofer! Aus einem bayrischen Blatte ist folgendes zu entnehmen:

Abenberg, 28. Febr. Begünstigt vom herrlichsten Frühlingswetter und unter ungeheurer Beteiligung von Stadt und Umgebung fand gestern die Feier der Grundsteinlegung für den Neubau einer Kinderbewahranstalt in Abenberg statt. Die kirchliche Weihe des Grundsteines nahm der kirchl. Schuldekan, Stadtpfarrer Mittenhuber von Roth vor. In seiner Ansprache wies er auf das allmähliche Erstehen des Werkes während der Schrecken der Kriegszeit hin und rühmte den Liebessinn seiner Wohltäter, der ersten Stifterin, der früheren Schloßherrin Frau Clara Albrecht (jetzigen Gattin des Theaterdirektors Großkopf, Naunhof. Die Red.) und besonders des Hochw. Jg. Klein in Amerika, der sich in seiner Vaterstadt ein unvergängliches Denkmal gesetzt hat. Nach Vollendung der kirchl. Weihe und nachdem eine Urkunde im Stein versenkt worden war, erfolgten unter sinnreichen Worten die Hammerschläge des Architekten u. a. hoher Persönlichkeiten. Der Kirchen- und Kinderchor unter Begleitung der Abenberger Kapelle verschönten die Feier durch entsprechende Lieder. Möge der Himmel dem Werke, das den Namen Klarastiftung führen soll, gnädig sein.

A.— **Mädchenfortbildungsschule und Schulverbände.** Die Bezirksschulämter sind durch Ministerial-Verordnung vom 25. Februar 1921 erneut darauf hingewiesen worden, die Bildung von Schulverbänden zur gemeinsamen Unterhaltung von Fortbildungsschulen zu veranlassen und darauf zu dringen, daß mit der Einführung der Mädchenfortbildungsschule zu Ostern dieses Jahres überall begonnen wird.

† Da die Abstimmung in Oberschlesien gerade auf den Palmsonntag fällt, so haben sich einige Geistliche bereit erklärt, die Kinder dieser Landsleute zu anderer passender Zeit zu konfirmieren.

† Verschärfte Paßkontrolle im besetzten Gebiet. Im besetzten rheinischen Gebiet findet seit kurzer Zeit wieder eine schärfere Paßkontrolle statt. Es wird daher darauf hingewiesen, daß Pässe und Personalausweise nur ein Jahr Gültigkeit haben, und daß es sich vor der Abreise ins besetzte Gebiet empfiehlt, die Papiere auf ihre Gültigkeit zu prüfen. Für das besetzte Gebiet, mit Ausnahme des Saarstaates, genügt ein Personalausweis. Wer ohne gültige Ausweise betroffen wird, läuft Gefahr, mit einer Gefängnisstrafe von mehreren Tagen belegt zu werden.

† Die Bautätigkeit in Sachsen. Im Januar 1921 wurden in Sachsen 97 Baugenehmigungen gegen 211 im Dezember 1920 erteilt, davon in der Kreishauptmannschaft Leipzig 33. Diese 97 Neubauten sollen insgesamt 220 Wohnungen enthalten. Bei den zuständigen Stellen waren bis zum 1. März d. J. Neubauten für rund 3500 Wohnungen angemeldet.